

Präsidialansprache Generalversammlung 2015

Dr. Gottlieb Keller, Präsident scienceindustries

19.06.2015

- es gilt das gesprochene Wort -

Um den Standort Schweiz zu sichern, braucht es ein entschlossenes Handeln der Politik.

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere Industrie hat sich in den letzten Jahrzehnten erfolgreich auf hochwertige, innovative Produkte in den Life Sciences und der Spezialitätenchemie fokussiert. Im Vergleich zu anderen Schweizer Exportindustrien haben uns diese Ausrichtung und ihre konsequente Umsetzung ein überdurchschnittliches Wachstum ermöglicht. Mit gut 70'000 Mitarbeitenden in der Schweiz und einem Anteil von über 41% der Schweizer Gesamtexporte sind wir heute die wichtigste Exportindustrie des Landes. Die Entscheidung einerseits der Schweizerischen Nationalbank, den Euro-Mindestkurs aufzugeben, und andererseits des Schweizer Soveräns, die Zuwanderung künftig mit Höchstzahlen und Kontingenten zu regeln, stellen unsere Industrie vor grosse unternehmerische Herausforderungen.

Unsere multinational aufgestellten Mitgliedunternehmen sind durch ihre breite geographische Diversifizierung teilweise zwar recht gut gerüstet, um den währungsbedingten Kostendruck auffangen zu können. Häufig fallen weniger als 15% ihrer weltweiten Kosten in der Schweiz an. Dennoch müssen sich auch diese Unternehmen vor dem neuen Währungshintergrund verstärkt anstrengen, um neue Investitionen und die Forschung weiterhin in der Schweiz zu rechtfertigen und so die Wertschöpfung in unserem Land zu halten. Zahlreiche unserer kleineren und mittleren Mitgliedunternehmen sind durch den starken Schweizer Franken gegenwärtig noch weit stärker gefordert. Während sie bis zu 98% ihrer Verkäufe im Ausland tätigen, fallen ihre Kosten überwiegend in der Schweiz an und ein Ausweichen ins Ausland ist in der Regel schwieriger zu realisieren als bei unseren global ausgerichteten Mitgliedern. Innovative unternehmerische Ideen sind gefragt!

Trotz dieser ausserordentlichen Situation erachtet scienceindustries klassische Konjunkturstützungsprogramme und staatliche Subventionen für einzelne Unternehmen oder Branchen weiterhin als unwirksam und ordnungspolitisch verfehlt. Aus unserer Sicht soll sich die staatliche Wirtschaftspolitik vielmehr auf mittel- bis langfristig wirkende Massnahmen konzentrieren. Konkret hat scienceindustries ein dreiteiliges Paket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur kostenseitigen Entlastung der Exportindustrie vorgeschlagen. Die Kernpunkte sind:

1. Die Wiederherstellung der Planungssicherheit in strategischen Bereichen.

Durch das Vorziehen strategisch wichtiger Reformen sollen die Unternehmen eine höhere Planungssicherheit bezüglich strategisch wichtiger Rahmenbedingungen erhalten, wie z.B. durch die Umsetzung von BV Art. 121a, die Unternehmenssteuerreform III oder den Masterplan Biomedizinische Forschung und Innovation. Darüber hinaus ist unsere Industrie nach wie vor vital auf einen wirksamen und weltweiten Schutz der Immaterialgüterrechte angewiesen. Die Schweizer Regierung tut gut daran, diesen Schutz weiterhin hoch zu halten und international zu vertreten. Nur so lohnen sich Investitionen in Innovation, die letztlich zu verbesserten Lebensbedingungen weltweit führen.

2. Ein Regulierungsmoratorium.

Auf anstehende kostenträchtige Regulierungsvorhaben im schweizerischen Alleingang soll entweder ganz verzichtet werden oder deren Umsetzung soll erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Bevorstehende Erhöhungen der Regulierungskosten sollen damit vermieden werden, ich denke dabei an Themen wie die Aktienrechtsreform, Energiestrategie 2050 oder die Grüne Wirtschaft.

3. Smart Regulation.

Bestehende, ineffiziente und kostenintensive Regulierungen sollen vereinfacht oder ganz abgeschafft werden. Damit werden die Effizienz des Staates erhöht und die Unternehmen von unnötigen Regulierungskosten entlastet. Für unsere Industrie wichtige Stichworte heissen hier VOC-Abgabe und elektronische Zollverfahren.

Die drei Präsidenten der bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP haben den Ernst der Lage erkannt und sich Ende März auf ein gemeinsames Massnahmenpaket zur Stärkung des Standort Schweiz geeinigt. Das Paket übernimmt zahlreiche der eben erwähnten Forderungen von scienceindustries, so unter anderem jene zur Unternehmenssteuerreform III, zur Aktienrechtsreform oder zur Energiestrategie 2050. scienceindustries begrüsst das Präsidentenpapier als Signal für eine wirtschaftsfreundlichere Politik. Allerdings wird erst die Zukunft über den Wahlherbst 2015 hinaus zeigen, ob die bürgerlichen Parteien diese Vorschläge auch tatsächlich alle umsetzen werden. Gewisse Zweifel scheinen mir nicht unangebracht nach der kürzlichen parlamentarischen Beratung zum Sparpaket.

Lassen Sie mich im Folgenden auf eine absolut entscheidende Unsicherheit im heutigen wirtschaftlichen Umfeld vertieft eintreten, nämlich auf die Beziehungen der Schweiz zur EU und insbesondere auf die Umsetzung der Initiative «gegen die Masseneinwanderung».

Ich bin mir bewusst, dass es in diesem Dossier keine einfache Lösungen und rasche Erfolge geben wird. Zu komplex ist die Lage, zu unterschiedlich sind die Ansprüche. scienceindustries hat gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden anfangs 2015 dargelegt, wie die neue Verfassungsbestimmung ohne Gefährdung des Wohlstands in der Schweiz umgesetzt werden könnte. Dabei haben die Wirtschaftsverbände den Wink des Souveräns verstanden: die Zuwanderung muss spürbar gesenkt werden. Allerdings stellt sich mir die Frage, ob auch die staatlichen Institutionen die Nachricht verstanden haben: das Stellenwachstum im Staat scheint ungebrochen weiterzugehen, was dazu führt, dass die Wirtschaft Mühe hat, Personal in der Schweiz zu finden. Allerdings hat das deutliche Nein zur Ecopop-Initiative aber auch klar gemacht, dass sich die Stimmberechtigten kein enges Korsett wünschen. Starre Quoten oder eine Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU sind für die Schweiz keine Option.

Aus Sicht von scienceindustries wird die vom Bundesrat vorgeschlagene Umsetzungsstrategie mit jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten für alle Ausländerinnen und Ausländer dem Verfassungsauftrag nicht gerecht: die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz werden ungenügend berücksichtigt und die bilateralen Verträge gefährdet.

Stattdessen schlägt scienceindustries im Einklang mit anderen Spitzenverbänden der Wirtschaft ein Umsetzungsmodell vor, das eine autonome und von der Schweiz festgelegte Schutzklausel vorsieht. Bis zu einer noch festzulegenden Obergrenze soll weiterhin die volle Personenfreizügigkeit mit den EU- und den EFTA-Staaten gelten. Dazu soll der Bundesrat auf Verordnungsebene ein Globalkontingent festlegen. Wir schlagen dazu vor, dass der Bundesrat dieses Globalkontingent mit Hilfe der europäischen Vergleichszahlen von Prof. Ambühl festlegt, um einen möglichst europakompatiblen und argumentativ unterstützten Ansatz zu wählen. Diese Schutzwelle soll dabei so angelegt werden, dass die Zuwanderung in unser Land gesenkt, die Wirtschaft aber nicht an ihrer Entwicklung gehindert wird. Würde das so festgelegte Globalkontingent ausgeschöpft, würde die Einwanderung von Arbeitskräften vorübergehend kontingentiert. Weil dieses Vorgehen auf Verordnungsebene festgelegt ist, kann auf strukturelle Verschiebungen zeitgerecht reagiert werden. Arbeitskräfte aus Drittstaaten würden wie bisher kontingentiert. Ein solches Modell könnte unseres Erachtens den Weg ebnen zu Verhandlungen mit der EU und zur Rettung der bilateralen Verträge. Denn über Kontingente und Inländervorrang wird die EU nicht verhandeln.

An dieser Stelle sei nochmals und in aller Deutlichkeit wiederholt: unsere Wirtschaft ist auf den möglichst diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt angewiesen. Allein nach Deutschland exportiert unsere Industrie jährlich Güter im Wert von über 13 Milliarden Franken, in die gesamte EU waren es 2014 gar über 47 Milliarden Franken. Das sind über 55 Prozent aller Exporte unserer Industrie. Gleichzeitig stammen auch 80% unserer Importe aus der EU. Zudem ist unsere Industrie auch auf den Zugang zu hoch qualifizierten Arbeitskräften aus den EU-Ländern angewiesen. Über 45% unserer Mitarbeitenden stammen aus der EU; dabei handelt es sich sowohl um sesshafte EU-Bürgerinnen und EU-Bürger als auch um Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Personenfreizügigkeit für die Region Basel, wo nicht weniger als 61'000 Grenzgänger beschäftigt sind. Die bilateralen Verträge dürfen keinesfalls aufs Spiel gesetzt werden.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch ein aktuelles Thema anschneiden, das scienceindustries sehr stark beschäftigt und in der Öffentlichkeit wenig verstanden wird: der Gefahrgütertransport in der Schweiz im Allgemeinen und insbesondere den Transport von Chlor. Entgegen der landläufigen Meinung ist Chlor bei der Herstellung zahlreicher chemischer und pharmazeutischer Produkte unverzichtbar. Ohne Chlor als Produktionsmittel gäbe es eine ganze Reihe von Alltagsprodukten wie beispielsweise Pflanzenschutzmittel, Medikamente, Möbel, Unterhaltungselektronik, Baumaterialien, Haushaltsgeräte oder Smartphones nicht. Die Herstellung von Chlor am jeweiligen Ort der Produktion dieser Güter und damit der Verzicht auf den Transport dieses Gefahrguts ist nur möglich, wenn dies wirtschaftlich tragbar ist. Angesichts der vergleichsweise geringen Verbrauchsmengen ist dies nicht in jedem Fall gegeben, weshalb der Transport auf der Schiene als sicherster Verkehrsträger grundsätzlich möglich bleiben muss. Die Industrie führt in dieser Frage mit allen Anspruchsgruppen einen zielorientierten Dialog, und dies im vollen Bewusstsein, dass sich die Ballungszentren in der Schweiz zunehmend weiter verdichten werden, was die Risiken im Zusammenhang mit dem Transport zahlreicher Gefahrgüter tendenziell ansteigen lässt. Dadurch könnten künftig auch weitere Massnahmen zur Risikominimierung erforderlich werden. Wir führen diesen Dialog ergebnisoffen und im Interesse einer starken Volkswirtschaft.

Ich bin überzeugt, dass unsere Industrie die aktuellen Herausforderungen meistern wird. Dabei wird einmal mehr die unternehmerische Innovation der Schlüssel sein. scienceindustries wird sich deshalb weiterhin kraftvoll dafür einsetzen, dass die staatliche Politik die Innovationsfähigkeit der Unternehmen durch optimale Standortbedingungen in der Schweiz unterstützt. Die Politik ist nun aufgefordert, den Standort Schweiz mit Taten statt Worten zu unterstützen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit